

A n t r a g

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Netze stabilisieren und Energiewende durch Speicher voranbringen

Der Landtag stellt fest:

Wie auch durch die neue Wasserstoffstudie des Landes Rheinland-Pfalz deutlich wurde, steht unser Land vor erheblichen Herausforderungen, den künftigen Energie- und explizit Strombedarf aus erneuerbaren Quellen zu decken. Eine besondere Schwierigkeit besteht jedoch auch darin, die Volatilität von Energieträgern wie Wind und Sonne auszugleichen. Bisher geschieht dies vornehmlich durch die Hoch- und Abregelung konventioneller Kraftwerke, zudem tragen Stromhandel und Pumpspeicherkraftwerke einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes bei.

Doch zum einen ist das klare Ziel gesetzt, binnen der kommenden zwei Dekaden Klimaneutralität zu erreichen, womit konventionelle Kraftwerke als Grundlastträger keine dauerhafte Option sind. Zum anderen ist die Kapazität der Pumpspeicher überschaubar, und auch der Stromhandel verlagert das Problem lediglich. Zudem zeigt die gegenwärtige Situation, in der trotz horrender Gaspreise hierzulande die Gaskraftwerke unter Vollast laufen, vornehmlich um den Ausfall vieler französischer Kernkraftwerke zu kompensieren, dass auch die Versorgung aus dem Ausland im Bedarfsfall nur bedingt Verlass ist.

Um dieser Problematik entgegenzutreten und die Umstellung auf Erneuerbare Energieträger voranzubringen, bedarf es daher geeigneter Energie- bzw. Stromspeicher, welche die Volatilität der Energieträger ausgleichen und die Stromnetze stabilisieren. Bereits breit angewendet werden dafür Pumpspeicherkraftwerke, in kleinerem Maßstab und vorwiegend dezentral auch Batteriespeicher. Jedoch müssen die derzeit vorhandenen Kapazitäten dringend ausgeweitet werden. Dies besagt auch die Wasserstoffstudie mit Roadmap, so müsse die Stromspeicherkapazität zum Ausgleich der durch Tagesschwankungen entstehenden Diskrepanzen von Angebot und Nachfrage bis 2030 auf rund 14 GWh und bis 2040 auf 21 GWh ausgebaut werden.

Um dies zu erreichen werden dringend neue Technologien benötigt; Pumpspeicherkraftwerke sind nur sehr begrenzt zu errichten, konventionelle Batteriespeicher sind teuer und an die Verfügbarkeit von knappen Ressourcen gebunden. Auch Wasserstoff empfiehlt sich aufgrund der hohen Umwandlungsverluste derzeit noch nicht als kurzfristiges Speichermedium.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- die Erforschung neuer Speichertechnologien zu unterstützen und zu fördern,
- Projekte zur Schaffung von kurzfristigen Speicherkapazitäten angemessen zu fördern und Pilotprojekte finanziell zu flankieren.

Für die Fraktion:
Stephan Wefelscheid